

Rede zum Haushalt 2017

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
werte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Zuhörer,

1. Gesamtlage

Das Jahr neigt sich dem Ende entgegen und wieder einmal wird über den Haushalt diskutiert. Die Einnahmen belaufen sich auf rund 2,77 Milliarden Euro, gleichauf mit den Ausgaben. Der bisherige Überschuss des Gesamtergebnisplans wurde auf rund 0,3 Millionen Euro beziffert und ist nach aktualisierten Zahlen auch aufgebraucht. Ausgeglichen wird der Haushalt trotzdem bezeichnet. Der Blick ins Detail sieht jedoch noch weniger rosig aus und es setzt sich fort, was sich bereits in den vergangenen Jahren kontinuierlich abgezeichnet hat.

a) Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer ist nach wie vor die wichtigste Einnahmequelle der Stadt. Umso schmerzvoller sind die erneuten Einschnitte um weitere 80 Millionen Euro. Dabei wird die Lage durch die erheblichen Gewerbesteuerrückerstattungen zusätzlich erschwert, denn diese im Voraus zu viel gezahlten Gewerbesteuern werden bei der Erstattung zusätzlich mit einem Zins von satten 6 Prozent versehen. Für die Gewerbetreibenden eine wunderbare Geldanlage, die auf dem normal verzinslichen Markt nicht zu finden ist. Für die Stadt stellt sie aber einen unangenehmen Schlag in die Kasse dar.

b) Rücklagen und Kredite

Dieses Jahr musste erst die Messe als Kreditgeber erhalten, dann folgte mit 90 Millionen Euro ein Bankkredit, der im April um 30 Millionen Euro erweitert wurde und natürlich durfte die stadteigene Holding um rund 240 Millionen aushelfen. Nur so war die Liquidität der Stadt noch zu gewährleisten, denn ohne diese Kredite war die Begleichung der laufenden Kosten und damit auch Bezahlung der städtischen Mitarbeiter nicht mehr möglich.

Die Verbindlichkeiten der Töchter liegen bei stolzen 1,2 Milliarden Euro. Ab 2017 sollen dann wieder Rückzahlungen an die Holding möglich sein. Trotzdem sinkt der kumulierte Kredit auf 332 Millionen Euro, reduziert sich also entgegen des Vorjahres, wo er um 20 % von 307 auf 368 Millionen wuchs. Für 2017 sieht der Haushaltsentwurf bereits eine deutliche Steigerung der Verbindlichkeiten vor, ohne Berücksichtigung von Haftungsverhältnissen aus der Bestellung von Sicherheiten, die sich zusätzlich auf 75 Millionen Euro belaufen.

In weiser Voraussicht beschloss die Ampel vor 12 Monaten eine Ermächtigung für ein Kreditvolumen von bis zu 439 Millionen Euro. Damit wurde indirekt der künftige Weg aufgezeigt, dass vieles nur noch über Kredite laufen wird. Freilich wurde dabei von der Kämmerei mitgeteilt, dass es nicht vorgesehen wäre, diesen voll auszuschöpfen. Man darf gespannt sein wie lange es dauern wird, bis wieder eine Fülle von unvorhergesehenen Situationen es dennoch erforderlich machen wird. Nicht alle Abläufe lassen sich im Voraus restlos zutreffend einschätzen und Prognosen haben immer ihre Schwächen nach oben und nach unten, aber es überkommt einen doch das Gefühl, dass manche Einnahmeprognosen nicht unbedingt immer mit der Realität Hand in Hand gehen und konsequent zu optimistisch sind, während die tatsächlichen Ausgaben teils erheblich über den vorherigen Ansätzen liegen. So schossen zum Beispiel Straßen- und Schulbauprojekte mit 38,5 Millionen über das erwartete Ziel hinaus oder die aufgestockten Kita-Angebote, die mit rund 10 Millionen Euro über dem eingeplanten Kosten liegen. Ganz zu schweigen von den Ausgaben für die Unterbringung, Betreuung und Versorgung von Asylanten.

c) Personalkosten

Keine wirkliche Entlastung gab es bei den Personalkosten und wird es auch nicht geben. Vielmehr gibt es eine Zunahme auf nunmehr 540 Millionen Euro.

Werden die Versorgungsaufwendungen hinzugezogen, so steigt der Gesamtbetrag auf über 592 Millionen Euro und liegt damit fast 41 Millionen über dem Vorjahr. Sicherlich ist eine Umstrukturierung, Zusammenlegung und Streichung von Stellen notwendig, um den Kostenapparat zu reduzieren. Von den rund 10.000 Stellen müssen daher fast ein Viertel eingespart werden. So bin auch ich der Ansicht das es sinnvoll ist, wenn z.B. sich Museen, Restaurierungszentrum, Heine-Institut, Mahn- und Gedenkstätte und Stadtarchiv über gemeinsame Hausmeister und Schließdienste verfügen und zudem die Verwaltung zentralisiert wird. Ebenso können nur in Ausnahmefällen frei werdende Stellen neu besetzt werden, damit ein Personalabbau sanfter erfolgt.

Wo jedoch Einsparungen kontraproduktiv wären ist beim OSD. Bereits jetzt reicht das vorhandene Personal nicht für die zu bewältigenden Aufgaben aus, was sich an den reduzierten Fußstreifen zeigt und den rückgängigen Kontrollzahlen zeigt. Besonders in der heutigen Zeit sollte aber nicht an der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gespart werden.

d) Schauspielhaus

Düsseldorf hat einige Sanierungsfälle. So das Schloss Benrath, welches Bundesmittel aus dem Sonderprogramm für Denkmalschutz i.H.v 20 Millionen Euro für die Sanierung erhält, wodurch sich der städtische Anteil deutlich reduziert. Weitere großen Sanierungsfälle hat Düsseldorf in den kommenden Jahren nicht nur bei den Brücken, sondern auch beim Schauspielhaus, wobei diese Kosten schwer zu kalkulieren sind, denn in der Sanierung verbirgt sich viel Potential nach oben und bereits andere Städte mussten erleben, wie sich die Ausgaben für solche Projekte schnell vervielfachen. Im Moment wird davon ausgegangen, dass insgesamt knapp 20 bis 25 Millionen Euro für die Sanierung reichen könnten, aber die Schätzungen erinnern eher an Kaffeesatzleserei. Je nach tatsächlichem Zustand können sich daraus 40 bis 50 Millionen entwickeln, falls umfangreiche weitere Sanierungsmaßnahmen erforderlich sind.

Was wir Republikaner in der Regel ablehnen sind Finanzierung durch sog. Bürgeranleihen, denn es ist Aufgabe der Stadt die eigenen Objekte zu sanieren - selbst wenn ihr nur zu 50 Prozent gehören - und nicht leere Kassen durch Bürgerbeteiligungen auszugleichen.

Das Schauspielhaus ist für Düsseldorf aber wichtig und weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt. Bereits an den Diskussionen in den vergangenen Wochen war deutlich zu spüren, welche Emotionen damit verbunden sind. Zudem sprechen die hohen Besucherzahlen ein deutliches Bild. Daher ist die Sanierung richtig und wichtig, nur sollten vorher Gutachten das genaue Kostenrisiko beziffern, um eine Finanzierung zu sichern. Interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich dann später mit freiwilligen Beiträge beteiligen.

e) Sozial- und Integrationsausgaben

Die Sozial- und Integrationsausgaben sollen 2017 rund 583 Millionen Euro betragen. Die Zuschüsse des Bundes sind dabei keine wirkliche Entlastung, denn dadurch steigt automatisch der Anteil nach dem Zuschussprinzip, den die Stadt selber aufbringen muss. Es stellt sich deshalb auf längere Sicht die Frage, wie die wachsenden Kosten gegenfinanziert oder reduziert werden können.

f) Tafelsilber zur Gegenfinanzierung

Ein Weg der Finanzierung ist sicherlich nicht die Verscherbelung des restlichen Tafelsilbers. Nicht nur Grundstücke oder Immobilien, sondern ein Teil des Kanalnetzes sollen für 400 Millionen an den Stadtentwässerungsbetrieb verkauft werden. 2016 wurden Sach- und Finanzanlagen i.H.v. 72 Millionen Euro veräußert. 2017 sind bereits jetzt 41 Millionen aus dem Verkauf von Sachanlagen eingeplant und wir dürfen gespannt sein, was sich noch geldwertes finden und verkaufen lässt.

Nicht zu vergessen ist das 600.000 qm große Flughafengelände, welches 450 bis 600 Millionen Euro einbringen und ggf. an die Flughafen-Gesellschaft veräußert werden soll. Dieses Vorhaben steht jedoch in vielerlei Hinsicht auf der Kippe, denn es fehlt es immer die Genehmigungen für die Kapazitätenerweiterung, die ggf. erst Mitte 2017 vorliegen soll oder ggf. gar nicht erteilt wird.

Ohne diese Genehmigung wäre der Grundstückskauf für den Flughafen nicht nur sinnlos, sondern ein dickes finanzielles Minusgeschäft und ist deshalb zum jetzigen Zeitpunkt eher unwahrscheinlich.

Spätestens damit bricht das Model der Finanzierung durch Verkäufe des Tafelsilbers endgültig zusammen, es sei denn, ersthafte andere Kaufinteressenten wären kurzfristig verfügbar. Selbst wenn es zur Veräußerung des Geländes kommen sollte, dann wäre dieses Handeln zu kurzlebig gedacht. Die Stadt verliert durch einen Verkauf sichere Pachteinnahmen, z.B. für das Flughafengrundstück i.H.v. über 11 Millionen Euro pro Jahr. Der Stadtentwässerungsbetrieb zahlt für die Nutzung der Klärwerke und Kanäle sogar 43 Millionen Euro, wobei die Abschreibungen hoch sind. Diese regelmäßigen Einnahmepositionen würden durch den Verkauf wegfallen.

Nun kann entgegengehalten werden, der Verkauf des Tafelsilbers gehöre in Düsseldorf schon zur Normalität und es wird auf die Zeit von OB Erwin zurückgeblickt, jedoch dienten die damaligen Verkäufe zumindest der Ablösung von Krediten und damit der Zinsreduzierung. Hier werden aber sichere Einnahmen pulverisiert, um kurzfristig Gelder zu erhalten, die einen einmaligen Effekt bewirken. Diese Ansicht vertritt unter anderem auch die IHK.

2. Wohnraum

Nach wie vor ist fehlender Wohnraum eines der wichtigsten Themen in der Stadt. Nicht nur die Steigerung der Miet- und Eigentumspreise setzen sich fort. Das Leben in der Landeshauptstadt wird nicht nur zum Luxusgut, sondern ist es bereits in vielen Stadtteilen. So stiegen im Jahr 2016 die Mieten weiter an und eine Änderung ist nicht in Sicht. Besonders Mieten im unteren und mittleren Segment des Wohnungsmarktes erhöhten sich. In Flingern stiegen etwa die Mieten um 5,4 Prozent und in Benrath um 5,7 Prozent. Spitzenreiter ist Garath mit 6,7 % bei Neuvermietung.

Noch drastischer sieht es bei der Preissteigerung für Eigentum aus. Zwischen 12 bis 15 Prozent in nur einem Jahr lassen den lokalen Wohnungsmarkt zur Goldgrube für Spekulanten werden und zum Tal der Tränen für Gering und Durchschnittsverdiener.

Bei alle dem darf nicht vergessen werden, dass das Wohnen durch Nebenkosten für Müllabfuhr, Wasser, Heizenergie, Abwasser, Straßenreinigung und Winterdienst ohnehin ständig teurer wird.

Für eine grundlegende Trendänderung sprechen dabei nicht die Baugenehmigungen, sie sich zwischen 2014 und 2015 von 2880 auf 1404 Wohneinheiten halbiert haben und die Auswirkungen heute spürbar sind.

Dieses Problem wird auch nicht durch den jährlichen Neubau von 20 Wohnungen durch die SWD behoben. Auch reichen die künftig geplanten 200 Wohnungen nicht aus, denn die Einwohnerzahl schnell weiter nach oben und lag Ende 2015 bei 630.000. Bis zum Jahr 2020 muss sogar mit 690.000 Einwohnern gerechnet werden. Der momentane tatsächliche jährliche Bedarf liegt daher weiterhin bei über 3.500 p.a., ohne Berücksichtigung der Unterbringungspläne von Asylanten und Flüchtlinge in Wohnungen. Die reale Zahl der neuen Wohnungen belief sich 2014 auf knapp 1600 und im Vorjahr auf 1750. Dieses Jahr sollen es 1800 bis 1900 werden. Sicherlich ein positiver Trend, aber bei Fortdauer dieser Geschwindigkeit dauert es noch mindestens 10 Jahre um die Wohnraumkrise auch nur ansatzweise zu bewältigen. Dabei dürfte es zu keinem weiteren Zuzug von Menschen kommen und der Einwohnerstand müsste stabil bleiben, womit eben nicht zu rechnen nicht. Deshalb ist es heute wichtiger denn je, dass schneller gehandelt werden kann. Bauvorhaben müssen vorangetrieben und nicht durch bürokratische Hindernisse abgebremst werden.

Die Vergabe von Baugenehmigungen ist zu beschleunigen und bezahlbarer Wohnraum muss im Fokus stehen.

4. Kitas und Schulen

a) Kitas

1000 neue Kita-Plätze werden jährlich geschaffen. Prinzipiell viel, nur reicht diese Anzahl nicht aus, um Angebot und Nachfrage zu decken. Bereits im Sommer 2015 fehlten rund 1500 Plätze. Das Problem wiederholte sich 2016, wenn auch in abgeschwächter Form. Das 1000-neue-Plätze-pro-Jahr Programm der Stadt muss deshalb aufgestockt werden, um den

steigenden Bedürfnissen aufgrund des Zuzugs gerecht zu werden. Besonders brisant ist die Lage bei den U3-Plätzen, denn hierauf haben die Eltern einen Rechtsanspruch. Das Jugendamt hat diesbezüglich verlautbaren lassen, dass über die Hälfte der Eltern von Kindern unter drei Jahren Interesse an einem Platz geäußert hätten. Diese notwendigen Plätze können aber nicht geboten werden. Darüber hilft auch nicht hinweg, dass es Kommunen mit noch geringeren Platzzahlen gibt. Zwar kann durch Tagespflege einiges aufgefangen werden, aber aufgrund des zu erwartenden Bedarfsanstieg muss eine Aufstockung erfolgen, nicht nur um möglichen Klagen zu entgehen. Deshalb ist die Forderung des Beirats nach Weiterentwicklung des Kita-Navigators zwar richtig und die Aufnahme von Tagespflegen in das System gut, aber es wird nicht zur grundsätzlichen Behebung des Problems führen, denn im Ergebnis sind auch langfristig keine ausreichenden Plätze vorhanden.

b) Schulen

Wird von Kitas gesprochen, dann ist der Weg zur Schule nicht weit. Die Stadt muss als Schulträger erhebliche kostenintensive Aufgaben bewältigen. Auch hier wirkt sich die Zunahme der schulpflichtigen Kinder und der damit einhergehenden Bedürfnisse auf die künftigen Planungen aus. Für 2017 bis 2020 werden inzwischen rund 700 Millionen Euro eingeplant, inkl. des Neubaus des Albrecht-Dürer-Berufskollegs für 70 Millionen Euro. Das ist in der Summe eine nochmalige Steigerung von 100 Millionen Euro.

Einen gewissen Beigeschmack hat dabei die Verlagerung von Projekten in die Schulbautochter IPM, über die eine Vorfinanzierung stattfindet. Durch eine Patronatserklärung bürgt die Stadt für Kredite der IPM, was auch als Kreditaufnahme durch die Hintertür bezeichnet werden kann, nur um weitere Schulden auszulagern und den Kernhaushalt wahlwirksam schuldenfrei zu halten. Dieses Handeln vernebelt dann die Sicht auf die tatsächlichen Schulden, aber hier besteht schon Routine. Nach der Fortschreibung des Masterplans Schulen sollen aus diesem Topf nur noch Sanierungen und Instandsetzungen bezahlt werden und keine planfremden Finanzierungen mehr erfolgen. Dafür ist die neue Liste der Sanierungsfälle von 50 auf 9 gekürzt worden, für die es einen

Kostenrahmen und einen festen Zeitplan gibt, sowie eine neue Prioritätenstaffelung wurde geschaffen. Es darf also davon ausgegangen werden, dass ein Großteil der sonstigen Projekte erst mal auf die lange Bank geschoben wird. Zudem ist aus der Finanzierung nicht ersichtlich, woher weitere 100 Millionen Euro stammen. Wir Republikaner stehen natürlich hinter dem weiteren Ausbau der Schulen und deren Modernisierung, denn genau das haben wir bereits jahrelang gefordert, aber dafür bedarf es auch eines durchschaubaren Finanzierungskonzepts und nicht nur medienwirksamer Aufstockungen, die ggf. später nicht umsetzbar sind.

5. Wir müssen mehr in die Sicherheit investieren

Werte Kolleginnen und Kollegen, angefangen beim OSD bis zur Feuerwehr wird oder soll gespart werden und das auf Kosten der Sicherheit.

a) Polizei/OSD

„Der OSD hat sich in den vergangenen Jahren neben der Polizei zum wichtigsten Bestandteil des ordnungsbehördlichen Gefüges zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung in der Stadt Düsseldorf entwickelt. Die Aufgaben sind vielfältig. Schwerpunkte liegen bei der Überwachung von Straßen, Plätzen und Wegen im Rahmen der Düsseldorfer Straßenordnung und Sondernutzungsordnung. Gewerbe- und Gaststättenüberwachung, Beschwerden wegen Lärmbelästigung, Doppelstreifen mit der Polizei und Jugendschutzkontrolle, um nur einige wenige Punkte zu nennen. Umso unverständlicher ist die Reduzierung i.H.v. 300.000 Euro, die nun den OSD trifft und von uns Republikanern nicht mitgetragen wird. Vielmehr wäre wegen der Aufgabenmasse, die mit der wachsenden Stadt weiter zunimmt, eine Aufstockung sinnvoll, damit der OSD auch in die Lage versetzt wird seine Aufgaben vollumfänglich zu erfüllen.

b) Feuerwehr

Betrachtet man den Zustand der hiesigen Feuerwehr, dann wurde in der Vergangenheit mit jenen nicht nur technisch schlecht umgegangen, die oftmals für die Rettung von Leben und Eigentum verantwortlich waren. Rund 950 Mitarbeiter zählt die Feuerwehr und die Freiwillige Feuerwehr verfügt über 300 Mitglieder. Dabei müssen die Männer und Frauen den Anforderungen auch gerecht werden können, was angesichts der teilweise deutlich sanierungsbedürftigen Zustände einzelner Feuerwachen – man denke nur an die Werstener Wache- und der Zunahme der Reparaturhäufigkeit von Einsatzwagen durchaus fraglich erscheint. Ausreichend sind z.B. auch nicht 8,5 Millionen Euro für den Fahrzeugpark, Nachrichtentechnik, technische Gerätschaften der Feuerwehr und des Rettungsdienstes, denn Reparaturstau ist unübersehbar. Dabei spiegelt sich das bisherige Hickhack auch im Brandschutzbedarfsplan wieder, der für den Einsatz der Feuerwehr aufzustellen und fortzuschreiben ist. Dieser wurde seit 15 Jahre nicht verändernd und ausreichend angepasst. Wer hier wichtige Finanzierungen schiebt, der spart an der falschen Stelle.

6. Welche Einnahmensteigerung stellt sich die Ampel vor?

Sehr geehrte Damen und Herren, zwar könnten noch viele weitere Beispiele aufgezählt werden. Es bleibt die Frage, wie es zur Verbesserung der Gesamtlage kommen kann. Seit Jahren sinken die Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Dabei vielen auch die rückgängigen Einnahmen im Bereich der Banken- und Telekommunikationsunternehmen ins Gewicht. Kurzfristig würde sich eine Anhebung der Gewerbesteuer anbieten, jedoch führt dies langfristig zur verstärkten Abwanderungen ins Umland, denn genau dort werben die Städte bereits seit Jahren erfolgreich und sorgen teilweise für einen beachtlichen wirtschaftlichen Aufschwung. Bereits in den beiden letzten Jahren habe ich Ihnen an Beispielen Monheim und Langenfeld gezeigt, wie Städte in wenigen Jahren die Einnahmen aus der Gewerbesteuer trotz Senkung des Hebesatzes derart erhöhen konnten, dass z.B. Monheim tatsächlich schuldenfrei ist, weiter Rücklagen bilden kann und sogar kostenfrei Grundstücke an muslimische Gemeinden zur Verfügung stellt.

Zu letzterem Punkt wollen wir es natürlich nicht kommen lassen, aber die sprudelnden Einnahmen einiger benachbarter Kommunen sollten die Landeshauptstadt zum Nachdenken bewegen. Deshalb muss für unsere Stadt mehr und zielgerichtet geworben und die Vorteile aufgezeigt werden. Wenn schon nicht das Risiko einer Senkung des Hebesatzes vorgenommen wird, was für viele Unternehmen bei der Ortswahl eines der entscheidenden Kriterien ist, dann müssen zumindest werbetechnisch verstärkt die Vorzüge in den Vordergrund gestellt werden. Wir sind Düsseldorf und die Stadt genießt hohes Ansehen.

Viele große Unternehmen wie z.B. die Metro AG und Henkel AG sind bereits vertreten und es müssen mehr werden. Betrachtet man aber die Top 100 Unternehmen in Deutschland, so haben nur 5 von ihnen ihren Sitz in Düsseldorf. Nicht nur die Großen, auch für den Mittelstand könnte sich die Stadt noch mehr zum idealen Standort entwickeln. Rein Räumlich ließe sich bei dem hohen Leerstand von Gewerbeimmobilien das halbe Umland in Düsseldorf unterbringen. Wie zufrieden kleinere Unternehmen in der Landeshauptstadt bereits sind zeigt eine aktuelle Umfrage der Commerzbank. 80 Prozent der Düsseldorfer Freiberufler, Gewerbetreibenden und Handwerker sehen die Entwicklung ihrer Branche als sehr gut oder stabil an. Damit liegt eine Steigerung zum Jahr 2015 von 4 % vor und die Zufriedenheitswerte liegen sogar über dem Bundesdurchschnitt. Deshalb wäre eine Charmeoffensive gemeinsam mit bereits niedergelassenen Unternehmen der richtige Weg, damit Düsseldorf zum Magneten für weitere Unternehmen wird.

7. Woher will die Ampel die zusätzlichen Gelder bekommen?

Es stellt sich aber auch die Frage, wo gespart werden kann und was die Stadt erwartet. Gerechnet wird bei den Stadttöchtern mit 44 Millionen Euro Ausschüttungen. Der Verkauf des Flughafengeländes soll 450 bis 600 Millionenbetrag einbringen, die es so wahrscheinlich nicht oder erst deutlich später gibt und der Buchwert des Geländes nur bei 400 Millionen liegt. Aus Immobilienverkäufen werden mehr als 65 Millionen Euro erwartet und das Kanalnetz soll mehr als 400 Millionen einbringen. Aufgrund des Bevölkerungsanstiegs ist zudem von einer Steigerung der Gebühren auszugehen und auf Landes- und Bundesmittel wird gehofft.

Gespart wird u.a. an den Straßensanierungen und anstehende andere Sanierungen werden scheinbarweise erledigt, sowie die sog. Düsseldorfer Standards überarbeitet. Es darf eben auch einmal weniger sein. Es gibt aber Ausgaben, die sind momentan unnötiger denn je. Eingespart werden könnte z.B. aus meiner Sicht die geplante Radschnellverbindung, welche über 55 Millionen Euro kosten soll. Düsseldorf müsste dabei den Bärenanteil tragen, der bei ca. 36 Millionen Euro liegt. Auch wenn 80 Prozent der anfallenden Kosten der Radschnellwegplanung durch Förderungen des Landes Nordrhein-Westfalen getragen werden, so sollten bei einem knappen Haushalte diese Gelder besser in den Bau von Kitaplätzen und bezahlbaren Wohnraum investiert werden. Weiterhin ist der Umfang der Förderung fraglich, nach dem die Stadt Monheim sich an der bisher geplanten Form nicht mehr beteiligen will.

Eines setzt sich aber trotz leerer Kassen fort und zwar das weiterhin Klientelpolitik betrieben wird, insbesondere vor Wahlen. Es sind die vielen kleinen Dinge, die im Ergebnis eine stattliche Summe ergeben und sicherlich eingespart werden könnten.

a) Kunstabgabe

Da wäre zum einen die zweiprozentige Kunst-Abgabe, die aus meiner Sicht eine reine Auftragsbeschaffungsmaßnahme für wahlwillige rot-grüne Künstler ist. Mit dieser Abgabe sollen bei neuen Hochbauprojekten bis zu zwei Prozent der Kosten für Kunstprojekte zurückgelegt werden. Besonders in der momentanen Lage kann sich die Stadt solche Dinge nicht leisten und diese Kunst-Abgabe führt zwangsläufig zur Verteuerung von Bauprojekten.

b) ZAKK und „Rock gegen Rechts“

Immer noch ist das ZAKK eines der Paradebeispiele für Klientelpolitik. Das zeigt sich nach wie vor an dem aufgeblähten Personalapparat, der aus rein wirtschaftlicher Betrachtung nur mit städtischer Unterstützung am Leben erhalten werden kann. Inzwischen verfügt das ZAKK über fast 100 Mitarbeiter, im Vergleich zum letzten Jahr, wo sich 21 Personen in hauptamtlichen Voll- und Teilzeitstellen befanden und 60 Aushilfs-/Honorarkräfte, Auszubildende und Praktikant/innen. Dabei sind die Einnahmen gerade mal auf 2.9 Millionen Euro gestiegen, aber bei fortgesetzter Bezuschussung konnten wohl weitere

politisch korrekte Stellen entstehen. Dabei stört es auch nicht, wenn führende Mitarbeiter sogar strafrechtlich aktiv in Erscheinung treten, wie es anlässlich der Proteste am Oberbilker Markt geschah, als ein leitender Mitarbeiter des ZAKKS gegen eine angemeldete und genehmigte Kundgebung der Republikaner wegen der Störung einer Versammlung und Landfriedensbruchs einen Strafbefehl erhielt. Weiterhin erfolgt offenbar die ideologische Vergabe von Räumlichkeiten ausschließlich an Gleichgesinnte und stellt somit einen zusätzlichen Streichungsgrund dar.

b) Projekte gegen “Rechts“

Gleiches gilt für einseitige Projekte gegen vermeintlichen Rechtsextremismus, bei denen sich die Veranstalter regelmäßig selber aussuchen, wer ins Reich der Bösen gehört und wer sich zu den Guten zählen darf. Hier passt auch nachfolgendes Beispiel, welches ich als höchst streichwürdig ansehe.

Die Rede ist von “Rock gegen Rechts“. Vielleicht sollten sich die Vertreter im Kulturausschuss künftig die bewerbenden Unterstützer des Veranstalters näher ansehen, bevor erneut 4.000 Euro verpulvert werden. Denn es wurde damit auf Kosten der Stadt verschiedenen Gruppierungen ein Unterhaltungsprogramm geboten, die zumindest teilweise vom Verfassungsschutz überwacht und der linksextremistischen Szene zugeordnet werden. Erneut traf sich 2016 in Düsseldorf das „Who ist Who“ der linksextremen Szene: DKP samt der Jugendorganisation SDAJ, Linksjugend Solid, Interventionistische Linke usw. usw..... Einzelnen Formationen wird im aktuellen Verfassungsschutzbericht des Landes NRW sogar Gewaltbereitschaft vorgeworfen.

Wir Republikaner lehnen jede öffentliche Bezuschussung von Veranstaltungen ab, deren Unterstützer „Deutschland verrecke“ oder „nie wieder Deutschland“ rufen und aufgrund ihrer Bestrebungen vom Verfassungsschutz überwacht werden. Politischer oder religiöser Extremismus darf nicht von Seiten der Stadt dadurch unterstützt werden, indem Belustigungstreffen eine finanzielle Förderung erfahren.

c) Versorgung und Unterbringung von Asylanten

Am meisten fallen die Kosten für die Versorgung, Unterbringung, Betreuung von Asylanten ins Gewicht. An dieser Stelle sind wir Republikaner echte Unterstützer wenn es darum geht, die sog. Düsseldorfer Standards zu überarbeiten, bzw. auf ein Minimum zu reduzieren. Kaum einem beteiligten Sozialverband wurden durch die Masseneinwanderung nicht die Konten vergoldet. Mit üppigen Versorgungs- und Verpflegungspauschalen ausgestattet nahmen sich die jeweiligen Verbände den Problemen an. Da verwundert es nicht, dass die Bereitschaft groß war, wenn Pauschalen bis zu 67,50 Euro pro Tag und Person für die Versorgung und Betreuung gezahlt werden. Interessant wäre in diesem Zusammenhang sicherlich die Gewinnspanne der einzelnen Verbände und wann solches Handeln für heimische Bedürftige eingeplant ist.

Diese Art der Asylindustrie kann nicht weiter Bestand haben. Rund 280 Millionen Euro Gesamtausgaben sind definitiv zu viel. Dabei zeigen andere nordrhein-westfälische Kommunen immer wieder, dass die Unterbringung und Versorgung günstiger erfolgen kann. So dürfte es auch den Asylbewerbern sicherlich zumutbar sein, für ihre Verpflegung selber zu sorgen. Deshalb ist es wichtig vom All-Inclusive-Aufenthalt endlich zur Selbstversorgung überzugehen und die Möglichkeiten verstärkt dort zu schaffen, wo es die jeweiligen Unterbringungsformen zulassen. Gekürzt werden können auch Leistungen, auf die fast alle anderen Kommunen in NRW bewusst verzichten. So ist eine Gesundheitskarte weder notwendig, noch stellt sie eine erkennbare Verbesserung der medizinischen Versorgung dar und führt dazu, dass die Stadt die Verwaltungskosten in Höhe von ca. 8 Millionen Euro tragen muss.

Die Form der Unterbringung muss auch keinen besonderen Düsseldorfer Standard haben. Schlicht und funktionell reicht aus und jeder Luxus ist unnötig und bietet nur zusätzliche Einwanderungsanreize. Da die betreffenden Personen angeblich überwiegend aus armen und kriegsbelasteten Gebieten kommen, sollte unser normaler westlicher Standard für sie der reinste Luxus sein. Deshalb weisen wir die Kritik an den untergebrachten Asylanten im Behrens Bau zurück. Derartige Undankbarkeit braucht kein Verständnis.

Die älteren Vertreter unter Ihnen können sich bestimmt noch an bewohnten Luftschutzbunker in Düsseldorf erinnern, die es teilweise bis Ende der 50iger Jahre gab oder in den 60iger Jahren an die Baracken auf der Jägerstraße. Was war mit dem Tichauer Weg in den 70igern? Viele von Ihnen können mit dem Schwarzen Weg noch etwas anfangen, der in den 80igern umgebaut und direkt umbenannt wurde. Was haben diese Orte gemeinsam? Auch dort gab es Sammeltoiletten und Waschräume, die z.B. nicht immer warmes Wasser für alle Benutzer bieten konnten. Der Unterschied ist aber, dass die dortigen Bewohner überwiegend unsere Bürgerinnen und Bürger waren und es fanden sich keine externen Empörer oder Proteste der dort lebenden Menschen.

Deshalb halten wir Republikaner an unserer Forderung fest, dass Asylanten und Flüchtlinge in leerstehende Bürogebäude oder Hallen – aber nicht Turn- und Vereinshallen - unterzubringen sind. Die Erfüllung z.B. der feuerrechtlichen Bestimmungen sind im Ergebnis nicht so kostenintensiv wie die aktuelle Unterbringungspolitik in Hotels, Wohncontainern oder den früheren völlig überteuerten Tragflughallen. Das ist einer der Hauptgründe, warum ein Asylant in Düsseldorf üppige 20.000 Euro kostet, während im Landesschnitt nur 10.000 Euro erreicht werden.

Es kann nicht sein, dass in diesem Jahr bis zu 1.200 Asylbewerber für 12 Millionen Euro p.a. in Hotels untergebracht waren oder zwei Tragflughallen für ebenfalls rund 12 Millionen Gesamtkosten als Unterkünfte dienten, während die Stadt über keine liquiden Mittel mehr verfügte und rund 1.900 eigene Bürgerinnen und Bürger auf der Straße leben mussten.

Zwar ist Düsseldorf zur Aufnahme der zugewiesenen Personen verpflichtet, aber über die Art der Unterbringung entscheidet immer noch die Stadt. Gleichermäßen unsinnig war und ist der Kauf von Wohncontainern. Der Beschluss für 44 bzw. 70-Millionen Euro war eine Versündigung am Steuerzahler. Nicht nur das diese Container nur eine begrenzte Lebensdauer haben, sie belegen oft wichtigen Baugrund, auf dem primär Wohnraum für unsere Bevölkerung entstehen sollte.

Besonders gruselig wird es aber, wenn Unterbringungsobjekte der Stadt zum Kauf angeboten werden, dieser Kauf abgelehnt wird, um dann später für den doppelten Preis eine Anmietung vorzunehmen. Respekt, das muss man erst mal schaffen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich weiß solche Fakten gefallen hier nicht allen Anwesenden, aber die Willkommenskultur darf nicht zur Vernebelung der Realität führen. Auch muss die Stadt verstärkt daran mitwirken bzw. das Land NRW in den sich hoffentlich noch stärker entwickelnden Bestrebungen unterstützen, abgelehnte Ausländer wieder abzuschieben. Ca. ein Drittel der in Düsseldorf lebenden Asylanten sind abgelehnt, werden jedoch aus verschiedensten Gründen nicht abgeschoben und geduldet. Die Kostenlast trägt weiterhin die Kommune. Personen mit einer Duldung nach § 60a AufenthG gehören überwiegend zu jenen, die leistungsberechtigt i.S.d. § 1 Abs. 1 Nr. 4 AsylbLG sind. Nach 15 Monaten besteht zudem die Möglichkeit höhere Analogleistungen nach § 2 AsylbLG zu beziehen. Deshalb muss es ein besonderes Interesse der Stadt sein, möglichst effektiv an der Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern und Flüchtlingen mitzuwirken. In diesem Jahr wurden gerade einmal 161 Personen in Düsseldorf abgeschoben und 257 Personen sind freiwillig ausgewandert. Diese Zahlen sind noch deutlich zu niedrig.

Generell ist aber an dieser Stelle nochmals in aller Deutlichkeit zu sagen: Wer in unser Land kommt, keinen Asylgrund hat und/oder kriminell wird, muss konsequent abgeschoben werden. Wir dürfen nicht zum Eldorado für Kriminelle aus aller Welt werden und bereits jetzt kippen die ersten Stadtteile, aufgrund einer regelrechten Gettoisierung. Zudem dienen Gebiete wie Oberbilk bereits als Rückzugsort für ganze Banden. Alleine jetzt beherbergt die Landeshauptstadt über 2200 Mitglieder aus nordafrikanischen Staaten, die oft multikriminell agieren. So kann und darf es nicht weitergehen.

8. Ergebnis / Abstimmungsverhalten

Im Ergebnis bleibt daher festzuhalten: Der Haushalt wird hinsichtlich des Notwendigsten beschlossen. Alles andere folgt dann zufällig und überplanmäßig im nächsten Jahr und zur Finanzierung werden ggf. neue Schulden gemacht. In den Beratungen befinden sich noch weitere investive Maßnahmen, die sich nach Beschlusslage zusätzlich auf die Liquidität auswirken. Ebenfalls unberücksichtigt ist der Stellenplan 2017.

Die angebliche Schuldenfreiheit ist genauso wenig existent wie ein tatsächlich ausgeglichener Haushalt. Kaum realisierbare Verkäufe von städtischem Tafelsilber sollen zudem Ausgaben decken.

Deshalb werden die Republikaner dem Haushaltsentwurf nicht zustimmen.

9. Ende der Rede

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Mitarbeiter der Verwaltung, wie in den letzten beiden Jahren beende ich meine Rede zum Haushalt damit allen Anwesenden, wie auch Ihren Familien, ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest wünschen. Ebenso danke ich der Verwaltung, allen Mitarbeitern und den Dezernenten, für ihr Engagement.

Ende der Rede

-